

Verwaltung: Einschränkung vorerst bis 4. Mai

DAHN. Die Beschränkungen im Publikumsverkehr der Dahner Verwaltung werden zunächst bis 4. Mai andauern. Das teilte Verbandsbürgermeister Michael Zwick im Hauptausschuss am Dienstag mit.

Bis Ende der Woche wolle man sich unter den Bürgermeistern abstimmen, ob es ein gemeinsames weiteres Vorgehen geben könne, so Zwick. Vorerst geschlossen bleibt das Schwimmbad in Dahn. Bisher seien Renovierungsarbeiten ausgeführt und Urlaub abgebaut worden. Ab 1. Mai habe man für die Mitarbeiter Kurzarbeit angemeldet; für vier aber zu 70 Prozent. Wann das Bad wieder öffnen könne, sei noch völlig unklar, so Zwick.

Startklar seien die Grundschulen in der Verbandsgemeinde, wo ab Montag die vierten Klassen wieder zum Unterricht kommen. Ab dann fahre auch der öffentliche Nahverkehr wieder planmäßig. Sowohl im Bus als auch auf dem Schulhof bestehe eine Maskenpflicht. Für die Masken zu sorgen, sei Elternpflicht, betonte Zwick; es gebe aber ein Kontingent für Schüler über das Land. Auch Desinfektionsmittel und Flüssigseife seien an den Schulen ausreichend vorhanden.

Die ärztliche Versorgung im Dahner Land sei vor Ausbruch der Corona-Pandemie ein großes Thema gewesen, erinnerte Markus Keller (SPD) an ein noch nicht gelöstes großes Problem. Das sollte man jetzt wieder zum Thema machen, mahnte der Bobenthaler Ortsbürgermeister. |tre

Helfen, wo es eng wird

Die Kolpingsfamilie verstärkt nochmals ihr soziales Engagement. Um Bedürftigen zu helfen, stehen sowohl begrenzte finanzielle Mittel als auch Lebensmittelpenden zur Verfügung. Wer die Kolpingsfamilie unterstützen will, kann das mit Spenden tun.

VON PETRA WÜRTH

DAHN. Dass es auch im Dahner Felsenland für einige Familien finanziell eng wird, weiß Harald Reisel, der Vorsitzende der Kolpingsfamilie, aus Erzählungen. Aber die Hürde, im dörflichen Umfeld, wo jeder jeden kennt, zuzugeben, dass es am Ende des Monats nicht mehr für das Nötige reicht, ist hoch. „Die Leute wollen nicht, dass bekannt wird, dass sie Schwierigkeiten haben“, sagt Reisel, so bleibe Bedürftigkeit im ländlichen Raum oft unerkannt. „Aber wenn man in der Bäckerei erlebt, dass zwei Kunden in Streit über das letzte reduzierte Brot vom Vortag geraten, lässt das doch einiges vermuten“, stellt er fest. Viele, die in Kurzarbeit sind oder ihren Minijob verloren haben, müssen derzeit jeden Euro zweimal rumdrehen; besonders betroffen sind davon oft Alleinerziehende, weiß Reisel.

Unbürokratisch und vertraulich Damit der Zugang zur Hilfe leichter wird, hat die Kolpingsfamilie eigens eine WhatsApp-Nummer eingerichtet. „Natürlich müssen wir trotzdem miteinander sprechen, aber die Informationen werden vertraulich behandelt, es werden auch keine Daten gespeichert, und wir hoffen, dass eine Nachricht über WhatsApp manchen ermutigt zu sagen, dass er Hilfe

braucht“, sagt der Vorsitzende. Wer Hilfe braucht, soll diese ganz unbürokratisch auch ohne Antrag bekommen. Geholfen wird in Form von Lebensmittelpaketen – hier gab es einige Spenden aus der Kindertagesstätte –, oder in Form von Einkaufsgutscheinen. Oder wenn es ganz eng ist, auch schon mal mit finanzieller Soforthilfe. Die Corona-Hilfe läuft im Rahmen des sozialen Projektes, das die Kolpingsfamilie seit über zehn Jahren betreibt. Dabei bietet die Kolpingsfamilie auch Formalitäten-Hilfe, Einkaufsservice – kontaktlos – für Menschen aus den Risikogruppen, aber auch seelsorgerische Unterstützung in Form von Telefonaten mit dem Präses und Telefonate gegen die Einsamkeit. Geistliche Impulse werden per Mail oder über den Briefkasten zugestellt.

Kleiderstube nur im Notfall Auch die Kleiderstube „Anziehend“ gehört zum sozialen Projekt. Diese ist zwar derzeit geschlossen, doch in dringenden Fällen können Kleider nach Terminabsprache abgegeben werden. Die Kleiderstube wurde für Bedürftige, Flüchtlinge und Menschen mit geringem Einkommen eingerichtet. Aktuell wurde die Zielgruppe auf Menschen, die durch die Corona-Krise in Schwierigkeiten geraten sind, erweitert. Wie bisher auch wer-



Auch mit Lebensmittelpenden will die Kolpingsfamilie Folgen der Corona-Krise mildern.
FOTO: PETRA WÜRTH

den die Kleider gegen eine Spende von einem Euro pro Kleidungsstück weitergeben. Die Erlöse werden an soziale Projekte in der Region gespendet. Die Übergabe erfolgt mit Desin-

fektion, Schutzabständen und ohne Umkleidemöglichkeit. Es wurde ein Hygiene- und Schutzkonzept erarbeitet. Nur ein Kunde und nur ein Helfer dürfen gleichzeitig in der Kleiderstu-

be sein. Da die Kleiderstube derzeit nicht regelmäßig besetzt ist, können keine Kleiderspenden angenommen werden. „Es wäre schön, wenn die Leute diese aufheben und bringen, sobald der Betrieb wieder normal laufen kann“, sagt Reisel.

Wie kann man helfen?

Spenden für das soziale Projekt können unter folgender Kontonummer eingezahlt werden: DE37 5425 0010 0070 0133 96, Sparkasse Südpfalz, Kontoinhaber: Kolpingsfamilie Dahn. Spendenquittungen werden ausgestellt, das sollte auf der Überweisung vermerkt werden.

Haltbare Lebensmittelpenden zur Weitergabe können bei Familie Reisel in Dahn abgegeben werden. Sachspendenquittungen werden gerne ausgestellt.

Wie bekommt man Hilfe?

Unterstützungsanfragen jeglicher Art, ob für Lebensmittel, finanzielle Zuwendung, Kleiderstube oder seelsorgerische Anfragen, laufen über Familie Reisel, Telefon 06391/409545, oder per Mail: kolpingsfamilie-dahn@gmx.de. Oder per Nachricht oder WhatsApp: 0177/3788617.

Diese Nummer wurde eigens für diesen Zweck eingerichtet und wird nach Ablauf der Aktion wieder deaktiviert.

Finanzen: VG erwartet Rückgang

DAHN. Die Corona-Pandemie dürfte dem Dahner Felsenland einen „erheblichen“ Rückgang bei den Einnahmen bescheren, stellte Verbandsbürgermeister Michael Zwick im Hauptausschuss fest. Bei der Gewerbesteuer sei mit einem Einbruch zu rechnen, aber auch beim Anteil an den Einkommenssteuern. Sie sollten daher überlegen, ob alles so umgesetzt werden müsse, was anstehe. Er habe, so Zwick, etwa einen Termin gestrichen, der sich mit dem geplanten Ausbau der Tourist-Info beschäftige.

Dem Vorschlag über den Anschluss der neuen Dahner Kita an das VG-Fernwärmenetz stimmte der Ausschuss zu, nachdem Werkleiter Klaus Hüther erklärt hatte, dass bei dem Projekt von Anfang an ein kalkulatorischer Gewinn vorgesehen sei. |tre

Verwaltung muss neu rechnen

DAHN: Stadtrat vertagt Beschluss über Erhöhung bei Ausbaubeiträgen – Harald Jacubeit bemängelt Fehler in Berechnung der Verwaltung

VON HARALD REISEL

Eine Erhöhung bei den wiederkehrenden Beiträgen für den Straßenausbau hat der Stadtrat vertagt. Bei der Berechnung des Beitragssatzes, der von 18 Cent pro Quadratmeter beitragspflichtiger Fläche für 2020 und 2021 auf 38 Cent angehoben werden sollte, sind der Verwaltung offenbar Fehler unterlaufen.

Die Stadt Dahn erhebt seit 2017 wiederkehrende Beiträge für die Herstellung und den Ausbau von Verkehrsanlagen. Dazu gehören Straßen, Gehwege, Parkflächen und Grünanlagen. Der Eigenanteil der Stadt Dahn für die Schaffung solcher Anlagen beträgt 40

Prozent der Kosten. Der restlichen 60 Prozent werden auf alle Grundstückseigentümer umgelegt. In einem komplizierten Verfahren wird der Beitragssatz berechnet. Das Straßenausbauprogramm dient dabei als Grundlage. Außerdem sind Grundstücksflächen und Beitragseinnahmen wesentliche Berechnungsgrundlagen. Dies geht aus der Satzung der Stadt Dahn zu den Wiederkehrenden Beiträgen aus dem Jahr 2016 hervor.

Jacubeit: Beitragssatz zu hoch Harald Jacubeit (Fraktion Für Dahn) erläuterte in der Stadtratssitzung am Montag, dass in der Beschlussvorlage für das Straßenausbauprogramm der Stadt für die Jahre 2017 bis 2021 Fehler

enthalten seien. Zum Beispiel sei dort die Schillerstraße aufgelistet, in der aber keine Baumaßnahme erfolgte. Des Weiteren verwies er auf seinen Widerspruch zu den wiederkehrenden Beiträgen, über den der Kreisrechtsausschuss noch entscheiden muss. Seiner Auffassung nach wurden bei zwei geplanten Baumaßnahmen insgesamt rund 100.000 Quadratmeter Fläche nicht gelistet. „Wenn dies aufgeführt wird, sinkt der Beitragssatz für die Grundstückseigentümer“, sagte Jacubeit. Außerdem erläuterte er anhand der Zahlen aus der Beschlussvorlage zur Erhebung des Beitragssatzes, dass die zur Berechnung wichtigen Beitragseinnahmen aus dem Jahr 2017 nicht berück-

sichtigt wurden. Dadurch sei der Vorschlag zum Beitragssatz der Verwaltung falsch und zu hoch berechnet.

Stadtbürgermeister Holger Zwick bestätigte diesen Fehler. Der Stadtrat beschloss daraufhin, die Entscheidung zu vertagen und forderte eine Überarbeitung des Ausbauprogrammes sowie des Beitragssatzes.

Straßenausbauprogramm

Für die Jahre 2017 bis 2021 hat die Stadt Dahn folgende Maßnahmen im Programm: Tannstraße – Garten-/Pestalozzistraße – Teilausbau (TA) Schlosstraße – Pirminiusstraße – TA Schillerstraße – Hohlgasse/TA Höhenweg – Hauensteiner Straße/1. Bauabschnitt – Entlastungsstraße.

STICHWORT

Wiederkehrende Beiträge

Wiederkehrende Beiträge werden in regelmäßigen, meist jährlichen Abständen von allen oder einem abgegrenzten Kreis von Grundstückseigentümern in der Kommune erhoben und einem Topf für Straßenausbauarbeiten in einem bestimmten Gebiet zugeführt. Sie erleichtern gegenüber den einmaligen Beiträgen die gleiche Verteilung der Lasten. Denn es zahlen grundsätzlich mehr Bürger ein, weil alle Eigentümer im Abrechnungsgebiet abgabepflichtig sind und nicht nur die Anlieger einer bestimmten auszubauenden Straße. |hrei
KOMMUNALBREVIER.DE

—ANZEIGE—

—ANZEIGE—

Alles, was Sie über **Corona** wissen müssen

Mehr Information. Mehr Pfalz. Mehr Überblick.

- **24 Stunden** informiert sein über www.rheinpfalz.de
- aktuellste **lokale Informationen** aus allen Regionen und Städten des Verbreitungsgebietes
- neueste Entwicklungen im **Live-Blog**
- täglicher **Newsletter**
- alle digitalen Inhalte inkl. **Plus-Artikel**
- über **Desktop, Tablet und Smartphone** zugreifen
- inkl. **E-Paper** und **digitaler Vorabendausgabe**



www.rheinpfalz.de/upgrade oder
telefonisch unter **0631 3701-6640**

Jetzt bestellen!

Wir leben Pfalz. **DIE RHEINPFALZ**

„Alles muss Erhalt der VG dienen“

HAUENSTEIN: Verbandsgemeinderat beschließt Haushalt – Diskussion über Umlage

VON FRANZ-JOSEF SCHÄCHTER

Negativ schließen die Finanzhaushalte 2020 und 2021 der Verbandsgemeinde Hauenstein ab. Unter Berücksichtigung von Zins- und Tilgungsleistungen errechnete Kämmerer Roger Hammer für die beiden Jahre ein Minus von 110.840 Euro und von 272.000 Euro. Der Umlagesatz wurde auf 28 Punkte festgelegt.

Der Haushaltssatzung stimmte der Rat am Mittwoch in der ungewohnten Atmosphäre der „sozialen Distanz“ in der Wilgartsweiner Falkenburghalle bei einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen aus der CDU zu. Verbandsbürgermeister Werner Kölsch hatte bei der Vorstellung des Haushalts, der auf Zahlen aus dem November 2019 beruht, festgelegt, dass niemand „absehen kann, wie wir aus der Corona-Krise herauskommen. Deswegen werde eine Nachsteuerung notwendig sein.“ Die nächste Steuererschätzung erfolge im Mai, eine weitere im Herbst: „Dann werden wir in etwa erkennen können, wie gesteuert werden muss.“ Sicher sei, dass der Plan „eine Delle“ erhalten werde. Er setze aber darauf, dass die VG „aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke die Krise mit Augenmaß und Zuversicht meistern“ werde.

Der Haushalt sei unter der Prämisse „sparsamer Mittelbewirtschaftung“ erstellt worden. Jedes Produkt sei „auf den Prüfstand gestellt und eng kalkuliert worden“. Schwerpunkte setze man bei Ausstattung und Unterkünften der Wehren, bei den Grundschulen in Hauenstein und Wilgartsweien, dem Tourismus, der Digitalisierung und der Seniorenarbeit. Auch am Personalkonzept werde man arbeiten, nachdem sich hier erhebliche Kostensteigerungen ergeben hatten.

Hier setzte auch ein Antrag der Koalitionsfraktionen von FW VG Hauenstein, SPD und Grünen an. Er sieht eine Veränderungs- und Wiederbesetzungssperre vor. Der Stellenplan solle auf dem Stand Ende 2019 eingefroren

werden. Bis 30. September solle ein Personalentwicklungskonzept vorgelegt werden, das Einsparungs- und Verbesserungsvorschläge und eine „Umsetzungsperspektive“ beinhalte. „Dem Antrag stimmte der Rat gegen die Stimme von Bürgermeister Werner Kölsch und bei zwei Enthaltungen zu. Der Beschluss beinhaltet auch, wie der Bürochef der VG, Gerold Bernhart, bestätigte, dass die Stellen eines Gerätewarts für die Feuerwehr und eines Technikers, für die bereits die Bewerbungsphase läuft, derzeit nicht besetzt werden können.“

Deutliche Zustimmung gab's auch zum Koalitionsantrag, je Haushaltsjahr eine „globale Minderausgabe beziehungsweise Ausgabensperre“ in Höhe von 100.000 Euro außerhalb der Personalkosten festzuschreiben und bereits zur nächsten Ratsitzung ein Einsparungskonzept vorzulegen.

Die Koalitionsanträge hatte Hermann Rippberger (FW VG) begründet, der „als oberstes Ziel aller Maßnahmen den Erhalt der VG Hauenstein“ bezeichnete. „Wir haben bis Ende 2022 Zeit, der Landesregierung unsere Leistungsfähigkeit zu zeigen. Da bleibt noch einiges zu tun“, sagte er und betonte, dass er „ein bisschen mehr Zug erwartet“ hätte, um über Kooperationen die Wirtschaftlichkeit der VG Hauenstein zu stärken.

Vorerst nicht weniger Umlage

Der Umlagesatz von 28 Punkten, zu dem die Schulumlage von 4,9 Punkten zu addieren ist, solle, so die Koalition, auch für 2022 und 2023 festgeschrieben werden. CDU-Sprecher Norbert Meyerer hatte für 2021 eine Reduzierung auf 27 Punkte gefordert. Er berief sich dabei auf eine Verlautbarung von Innenminister Lewentz, wonach die Kommunalaufsicht bei nicht ausgeglichenen Haushalten weniger streng vorgehen sollte. Auch Michael Zimmermann, der Hauensteiner Ortschef, hatte die 27 gefordert, weil „oberstes Ziel die Handlungsfähigkeit der Ortsgemeinde bleiben muss“. Der CDU-Antrag wur-

de bei 16 Gegenstimmen abgelehnt.

FDP-Sprecher Bernhard Rödiger, der „Mut zum defizitären Haushalt zugunsten der Ortsgemeinden“ forderte, schlug als Kompromiss vor, über den Umlagesatz jeweils neu zu entscheiden, wenn konkrete Zahlen vorliegen. Seinem Vorschlag stimmten 17 Ratsmitglieder zu. Rödiger hatte auch bezweifelt, dass der „Haushalt entscheidend für den Erhalt der Verbandsgemeinde“ sei. Auch Fraktionskollege Peter Hoffmann appellierte in diesem Zusammenhang, „nicht nur ans Geld zu denken: Wir müssen in den Wettbewerb der Ideen eintreten, wenn wir die VG erhalten wollen“.

Manfred Seibel, Fraktions Sprecher der Grünen und Beigeordneter, warnte davor, die VG „tief in den Schuldenkeller zu fahren“. Man müsse, weil der „Einbruch“ trotz der diversifizierten Struktur der Wirtschaft kommen werde, „den Euro fünfmal umdrehen und Einsparpotenziale ausloten“. Auch er betonte, dass „alles dem Erhalt der VG dienen“ müsse, gehe aber „mit Zuversicht in die Krise“.

Andreas Wilde (SPD) nannte die Anträge der Koalition „richtig und wichtig“. Der Haushalt sei „solide“, man müsse „weiter investieren“ und darauf achten, sowohl den Spielraum der Ortsgemeinden als auch die VG zu erhalten. Es bleibe nur, „auf Sicht zu fahren“. Sollten sich Spielräume ergeben, werde man diese weitergeben.

Helmut Disque (FWG Hinterweidenthal) signalisierte Zustimmung, forderte aber, dass die vorgesehenen Maßnahmen an den Feuerwehrhäusern – Absaugvorrichtungen und Notstromversorgung – „dringend“ umzusetzen seien, weil sie unabdingbar für die Sicherheit der Wehrleute seien.

Zuvor hatte der Rat einer Gebührenausschuss als Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zugestimmt. Danach komme auf einen Beispielhaushalt mit 600 Quadratmetern Grundstücksfläche und einem Wasserverbrauch von 120 Kubikmetern pro Jahr eine Mehrbelastung von rund zehn Euro zu.